

Die Integrationsprojekte im postsowjetischen Zentralasien

Sargelis, Jurij

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sargelis, J. (2020). Die Integrationsprojekte im postsowjetischen Zentralasien. In J. Menzer (Hrsg.), *Deutschland und seine östlichen Nachbarn: Eine Studie zur Gestaltung einer "vorausschauenden Außenpolitik"* (S. 85-94). Opladen: Budrich UniPress Ltd. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66511-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Die Integrationsprojekte im postsowjetischen Zentralasien

Jurij Sargelis

Einleitung und Problembeschreibung

Noch während des Zerfallsprozesses in der Sowjetunion wurden Versuche unternommen, die unabhängig werdenden Staaten in neue Kooperations- und Integrationsprojekte und damit zuerst in die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) einzubinden. Dieses Interesse ging von allen Seiten aus. Russland wollte seinen Einfluss im postsowjetischen Raum behalten. Andere ehemalige Sowjetrepubliken, insbesondere Armenien, Aserbaidschan und die zentralasiatischen Staaten, sahen in der Kooperation mit Moskau die Chance innere und zwischenstaatliche Konflikte zu lösen. Die Außenwelt betrachtete die Kooperation als eine geordnete Abwicklung der Sowjetunion, die Chaos in der zerfallenden Nuklearmacht zu vermeiden half.

Doch einige Staaten, die baltischen Republiken und Georgien, haben die Reintegration mit Moskau von Anfang an abgelehnt. Georgiens Beitritt zur GUS wurde erst Ende 1993 von Moskau erzwungen.¹ Mit der Zeit verstärkte sich auch in Zentralasien die Tendenz zur Desintegration. Immer mehr ehemalige Sowjetrepubliken haben nach neuen außenpolitischen Wegen und Partnerschaften gesucht. Diese Bestrebungen führten zur Gründung von alternativen Organisationen zur GUS, beispielsweise der GUUAM, oder zur Aufnahme von engeren bilateralen Beziehungen mit den neuen Machtzentren wie der Türkei, Iran oder China. Diese Staaten rangen nun neben den traditionellen Mächten, Russland und den USA, im postsowjetischen Zentralasien um Einflussphären.

Die Existenz von Alternativen zur Reintegration mit Moskau hat die Außenpolitik der zentralasiatischen Staaten über die Jahrzehnte bestimmt. Die regionalen Machthaber sahen darin eine Möglichkeit, der Dominanz eines einzigen Staates zu entkommen und bezeichneten das als „multivektorale Außenpolitik“. Die Grenzen einer solchen Politik wurden aber im Fall der Ukraine deutlich aufgezeigt und sollten auch in den zentralasiatischen Hauptstädten zum Umdenken führen. In der Tat findet sich Zentralasien wie schon

1 Bischof, Henrik, Georgien : Gefahren für die Staatlichkeit, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Außenpolitikforschung, Bonn, 1995, <https://www.fes.de/fulltext/aussenpolitik/00023.html> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

vor 150 Jahren in einem „Großen Spiel“ wieder. Der Begriff, der am Anfang des 20. Jahrhunderts durch Rudyard Kiplings Roman „Kim“ Verbreitung fand und die Konkurrenz von Briten und Russen um Zentralasien beschrieb, wird wieder aktuell. Zwar ringen heute viele Mächte, darunter Russland, China und die USA, die Türkei und Iran, um die Einflussphären in der Region und die Methoden des Machtkampfes sind softer geworden, doch die Rahmen, in denen die zentralasiatischen Staaten sich bewegen sind immer noch maßgeblich von Außenmächten bestimmt. Dabei verfolgen die Länder äußerst unterschiedliche Strategien: von aktiver Zusammenarbeit mit verschiedenen Machtzentren im Fall Kasachstans bis hin zur Zurückhaltung und Isolation bei Usbekistan und Turkmenistan. Tadschikistan und Kirgisistan, die keine Exporteure von fossilen Energieträgern sind, haben dagegen in der Außenpolitik noch weniger Spielraum.

Einerseits bringt Konkurrenz auch Vorteile für die Region. Den „umworbene“ Staaten werden attraktive Angebote zur Realisierung verschiedener wirtschaftlicher Projekte unterbreitet, darunter Investitionen in den Energiesektor und in die Infrastruktur. Andererseits stärkt die Bindung an diese Projekte die Abhängigkeit von der Investitionsbereitschaft der Drittstaaten und bietet keine nachhaltige Entwicklung. So hat die schwere Wirtschaftskrise in Russland auch Zentralasien stark getroffen: die Währungen wurden abgewertet und einige zuvor beschlossene Projekte wurden aufgelöst.²

Die aktuelle wirtschaftliche und geopolitische Krise in und um Russland verdeutlicht die Notwendigkeit einer echten außenpolitischen Alternative für die zentralasiatischen Länder. Auf der Suche nach dieser Alternative besuchte der turkmenische Präsident, Gurbanguly Berdimuhamedow, Ende August 2016 die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin. Das Land, das im Menschenrechtsranking von Reporter ohne Grenzen neben Nordkorea und Eritrea rangiert, ist gezwungen, ausgerechnet nach Auswegen in der EU zu suchen. Die Ursache liegt in China. Der einzige Großabnehmer für turkmenisches Gas betreibt hartes Preisdumping und die potenziellen Transitländer für den Export nach Westen - Russland, Aserbaidschan und Iran - haben sich gerade zu einem Gaskartell zusammengeschlossen, um genau diesen Exportweg für Turkmenistan zu verschließen.³

Einen Ausweg aus diesem „Großen Spiel“ könnte eine engere regionale Kooperation bieten. Während die einzelnen Staaten Zentralasiens leicht zum Spielball großer Mächte werden und teilweise gegeneinander ausgespielt

2 „Kirgistan und Russland lösen Abkommen zu Bau von Wasserkraftwerken auf“, Außenhandelskammer (AHK), Nachrichten Kirgisistan vom 14. August 2016, <http://zentralasien.ahk.de/nachrichten/nachrichten-kirgisistan/ahk-zentralasien-news-aus-kirgisistan/artikel/kirgisistan-und-russland-loesen-abkommen-zu-bau-von-wasserkraftwerken-auf/?cHash=8e321139f3c83939a397bfe3626af36b> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

3 „Turkmenistan von Iran, Russland und Aserbaidschan isoliert“, in: Novastan, 11. August 2016, <https://www.novastan.org/de/turkmenistan/turkmenistan-von-iran-russland-und-aserbaidschan-isoliert/> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

werden, könnte eine regionale Organisation, die alle fünf Republiken einschließt, selbst zu einem ernstzunehmenden Akteur der internationalen Politik werden.

Bisher sind alle Versuche, eine solche Organisation zu gründen, gescheitert. Doch die aktuelle geopolitische Lage, wirtschaftliche Krise und der Führungswechsel in einem der wichtigsten Länder der Region, Usbekistan, könnte neue Impulse geben und mit nötiger Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zum Erfolg führen.

Relevanz für die deutsche Außenpolitik

Die Bundesrepublik Deutschland hat traditionell hohes Interesse an den post-sowjetischen Republiken, darunter auch an Zentralasien. Einerseits waren es die zahlreichen Angehörigen der deutschen Minderheit in der Region, die das Interesse der Bundesregierung begründet haben. Allein in Kasachstan waren zu Beginn der 1990er Jahre über eine Million Deutsche registriert.⁴ Andererseits sind die rohstoffreichen Länder der Region, insbesondere Kasachstan, von Interesse für die deutsche Wirtschaft.

Bei seinem Besuch in der Region im März 2016 hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier auch andere Aspekte der Zusammenarbeit betont. Das sind zum einen Themen, die im Zusammenhang mit dem Nachbarland Afghanistan stehen, beispielsweise die Bekämpfung des Terrorismus, des Drogenhandels und religiös motivierter Radikalisierung.⁵ Zum anderen handelt es sich um die aus Zentralasien stammenden Kämpfer der IS-Terrormiliz, die bei der Rückkehr in die durch Wirtschaftskrisen und soziale Probleme geplagten Heimatländer mit ihrer Ideologie auf einen fruchtbaren Boden treffen können.

Diese sicherheitspolitischen Herausforderungen stellen nicht nur für die regionalen Machthaber Grund zur Sorge dar, sondern auch für die deutsche Außenpolitik. Es geht um die Stabilität der staatlichen Strukturen. Der Zerfall der gesamten Sicherheitsarchitektur der Region würde unberechenbare Risiken mit sich bringen.

4 „Deutsche Minderheiten stellen sich vor“, Broschüre des Bundesministerium des Innern, Berlin, August 2016, <https://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/AUSB/DE/vorstellungsbroschuere-deutsche-minderheiten-stellen-sich-vor.html> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

5 Steinmeier in Zentralasien: Region von strategischer Bedeutung, Außenhandelskammer (AHK), Nachrichten Kirgisistan, 12. April 2016, <http://zentralasien.ahk.de/nachrichten/nachrichten-kirgisistan/ahk-zentralasien-news-aus-kirgisistan/artikel/steinmeier-in-zentralasien-region-von-strategischer-bedeutung/?cHash=e058e0f2e1af4ecbd8535aa09f58bba2> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

Die Herausforderungen, die mit Afghanistan, dem südlichen Nachbarn der Region, verbunden sind, stellen auf den ersten Blick ein größeres Risiko dar. Wegen der schwer zu kontrollierenden Grenzen diente das Land vor der ISAF-Mission als Rückzugsgebiet für Islamisten aus zentralasiatischen Republiken. Der florierende Drogenhandel begünstigte Korruption und Kriminalität und trug zur Zersetzung staatlicher Strukturen in den Nachbarländer Tadschikistan und Kirgisistan bei. Doch trotz der geografischen Nähe und der scheinbar unkontrollierbaren Grenzen wurde Afghanistan mit seinen sich verschärfenden Problemen zweitrangig.

Die größte Sorge gilt den IS-Kämpfern, die aus der Region stammen. Dass die Terrororganisation IS in der ehemaligen Sowjetunion und insbesondere in Zentralasien ihre Anhänger rekrutiert und dass mittlerweile mehrere Tausend Männer und Frauen diesem Ruf gefolgt sind, war schon länger kein Geheimnis.⁶ Eine neue Dimension stellt die Qualität der ausreisenden Djiha-disten dar. Die Ausreise des damals amtierenden Oberbefehlshabers der „OMON“-Polizeispezialeinheit⁷ Gulmurod Khalimov aus Tadschikistan und sein Anschluss an die IS-Terrormiliz in Syrien zeigte, dass sogar hochrangige und vorher unter anderem in Russland und den USA gut ausgebildete Sicherheitsbeamte, die sich zur Elite des Landes zählen, nicht uneingeschränkt vertrauenswürdig sind und gegenüber dem Regime illoyal werden können.

Die Ernennung des ehemaligen tadschikischen Oberst Khalimov zum Kriegsminister des sogenannten „Islamischen Staates“, der auf diesem Posten dem ebenfalls aus ehemaligen Sowjetunion stammenden Abu Omar al-Schischani folgte, zeigt eine für Zentralasien besorgniserregende Tendenz. Auch wenn die Region nur als Rekrutierungsgebiet für die Terrororganisation diente, kann die große Anzahl an erfahrenen Kämpfern, die sich nach der militärischen Niederlage in Irak und Syrien in die Heimatregion zurückziehen, zu einer ernststen Gefahr für alle zentralasiatischen Staaten werden.

Die Instabilität in Zentralasien birgt mehrere mögliche Gefahren für Deutschland und Europa. Wenn die staatliche Ordnung in den an Afghanistan angrenzenden Staaten fällt und die Islamisten dort Rückzugsgebiete erhalten, werden die jahrelangen Bemühungen und die milliardenschweren Investitionen in die Stabilisierung dieses Landes stark relativiert. Eine neue Flüchtlingswelle aus der gesamten Region wäre nicht auszuschließen.

6 Krinninger, Theresa, „Ein besseres Leben im Kalifat“, in E+Z (Entwicklung und Zusammenarbeit), 3. März 2015, <https://www.dandc.eu/de/article/isis-rekrutiert-kaempfer-zentralasien>, (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

7 OMON: Otriad Mobilny Ossobowo Nasnatschenija - „Mobile Einheit besonderer Bestimmung“, Einheit der russischen Polizei

Entwicklungsszenarien

Notwendigkeit und Hindernisse einer regionalen Kooperation

Die Probleme der Region können durch einen Staat allein nicht gelöst werden. Es bieten sich deshalb regionale oder sogar überregionale Lösungen an. Als effektive Methode der regionalen Kooperation haben sich internationale Organisationen mit bedarfsorientierter Integrationstiefe erwiesen. Als gute Beispiele für dieses Lösungskonzept dienen die Europäische Union (EU) oder auch die Afrikanische Union (AU). Auch in Zentralasien sind bereits Organisationen tätig, die für sicherheitspolitische Herausforderungen geeignet sind.

Ein Beispiel ist die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), die mit Ausnahme Turkmenistans vier der fünf zentralasiatischen Republiken mit Russland und China verbindet. Diese Organisation hat sowohl militärisches als auch wirtschaftliches Potenzial, um die Probleme der Region zu lösen. Doch die Unstimmigkeiten über die Entwicklung der Organisation sowie der Konkurrenzkampf zwischen Russland und China um die Einflussgebiete lähmt diese Kooperation. Der 2015 erklärte Beitritt der Erzrivalen Indien und Pakistan zur SOZ könnte außerdem die zentralasiatische Frage noch weiter in den Schatten rücken und die Handlungsfähigkeit der Organisation endgültig lähmen.

Zum anderen bietet die von Russland angestoßene Eurasische Union, der mittlerweile mit Kasachstan und Kirgistan fünf Staaten angehören, eine Möglichkeit durch vertiefte wirtschaftliche Integration zumindest die wirtschaftlichen Herausforderungen anzugehen. Um auch die sicherheitspolitischen Kompetenzen der Union zu stärken, strebt Russland an, die militärische und politische Kooperation, auch im Zusammenhang mit der bereits bestehenden Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (ODKB) auszuweiten. Das lehnen aber andere Mitgliedsstaaten ab, die dadurch einen Verlust an Souveränität in der von Russland stark dominierten Eurasischen Union befürchten.

Die zwei Beispiele zeigen deutlich die begrenzten Möglichkeiten der durch Drittmächte dominierten Organisationen. Bei mehreren starken Partnern lähmt Konkurrenz die Handlungsfähigkeit der Organisationen und stellt die Interessen kleinerer Mitgliedsstaaten zurück. Bei einem dominierenden Partner befürchten andere Länder einen Souveränitätsverlust und lehnen eine tiefere Integration ab.

Daher scheint die Gründung einer Organisation, deren Ziele sich explizit auf die Lösung regionaler Fragen konzentriert, naheliegend zu sein. Die Gründe dafür sind vielfältig:

- viele strittige Fragen können nur multilateral gelöst werden, beispielsweise die Verteilung von Wasserressourcen,
- die wirtschaftliche Entwicklung würde von der Koordination der Bemühungen einzelner Staaten profitieren und
- gemeinsames Handeln würde außerdem die Position der zentralasiatischen Staaten gegenüber den Machtzentren in Moskau, Peking und Ankara stärken, aber auch die Zusammenarbeit in Projekten wie der „Neuen Seidenstraße“ erleichtern.

Trotz vieler Vorteile gibt es aber mindestens genauso viele Hindernisse, die eine engere regionale Kooperation bisher verhindert haben. Dazu zählen bereits erwähnte „strittige Fragen“ um die Ressourcenverteilung - vor allem der Wasserressourcen - zwischen den Oberlieger-Staaten Kirgisistan und Tadschikistan mit den weiter stromabwärts liegenden Ländern Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan, sowie die Grenzstreitigkeiten im Ferganatal zwischen Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan. Daneben hat die Konkurrenz zwischen dem wirtschaftlich starken Kasachstan und dem bevölkerungsreichen Usbekistan um die Vormachtstellung in der Region eine mögliche Zusammenarbeit erschwert. Die Machthaber der Länder kennen sich teilweise seit Jahrzehnten. Sie sind zu keinen radikalen Erneuerungen bereit, besonders weil die zwischenstaatlichen Konflikte oft für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert werden. Letztendlich ist mit der Gegenwehr der in Zentralasien aktiven Drittmächte zu rechnen, für die eine rein regionale Kooperation ohne eigene Beteiligung und Führung ein Verlust an Einflussmöglichkeiten bedeuten würde.

Handlungsoptionen deutscher Außenpolitik

In dieser schwierigen Situation hat Deutschland Handlungsspielräume, die zur Problemlösung beitragen können. Einerseits hat Deutschland den Vorteil, nicht Teil des so genannten „Great Game“ zu sein. Im Gegensatz zu den direkten Nachbarn Russland und China hat es keine Ansprüche auf eine eigene Einflussphäre. Andererseits muss die Bundesrepublik im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten viel weniger mit den zum Teil noch aus der Sowjetzeit stammenden Vorurteilen kämpfen. So hat die usbekische Führung nach den Ereignissen von Andijan im Jahr 2005 und der darauf folgenden Verschlechterung der Beziehungen mit den westlichen Staaten den Vertrag über

den Luftwaffenstützpunkt der Bundeswehr im Gegensatz zur Basis der US Airforce nicht aufgelöst.

Gleichwohl hat Deutschland gute Handelsbeziehungen zu der Region, insbesondere zu Kasachstan. Angesichts der Wirtschaftskrise, die Zentralasien derzeit erlebt, werden diese Beziehungen und mögliche Investitionen für zentralasiatische Partner besonders wertvoll. Somit kann Deutschland eine besondere Stellung innerhalb der Region gewinnen: zum einen hat die Bundesrepublik eine hohe Akzeptanz als „neutrale Macht“ und zum anderen ist sie ohnehin ein wichtiger und gefragter Partner für die dort ansässige Wirtschaft. Hinzu kommt die reiche Erfahrung, die Deutschland und die EU mit Integrationsprojekten, Grenzfragen und Ressourcenverteilung gesammelt haben. Dieses Know-How wäre wichtig für Zentralasien und kann zu Stabilität und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region beitragen.

Dank der besonderen Stellung und der ausgewiesenen Kompetenz könnte Deutschland sich als Begleiter und Moderator im Dialog der fünf zentralasiatischen Staaten anbieten. Ein ähnlicher Dialog findet bereits in den „C5+1“-Gesprächen mit den USA statt,⁸ wobei die Vereinigten Staaten mit den bereits erwähnten Vorurteilen und einem Vertrauensdefizit zu kämpfen haben. Dagegen könnte Deutschland in einem ähnlichen Format vielmehr als ein fairer und glaubhafter Makler agieren und die Probleme der Region in den Vordergrund stellen.

Mit den oben beschriebenen Ausgangsbedingungen und Instrumenten hätte Deutschland folgende Handlungsoptionen:

Deutschland könnte untätig bleiben

Nicht zu handeln bedeutet, keine aktiven Schritte zur nachhaltigen Änderung der deutschen Zentralasienpolitik zu unternehmen. Diese Option bietet auf den ersten Blick am meisten Stabilität für die Region und für deutsche Investitionen. Sie erlaubt den Regierungen weiterhin, eine multivektorale Außenpolitik zu betreiben, hält aber gewisse Erwartungen gegenüber dem Westen hoch, die im Ernstfall nur schwer zu erfüllen sein könnten.

Eine sich explizit mit dieser Option befassende Studie⁹ zeigt aber, dass die konsequente Fortsetzung der aktuellen Russland- und Zentralasienpolitik

8 Tolipov, Farkhod, „Pluses and minuses of the C5+1 format“ in The Central Asia and Caucasus Analysts, 13. November 2015, <https://www.cacianalyst.org/publications/analytical-articles/item/13300-pluses-and-minuses-of-the-c5%201-format.html> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

9 Brozus, Lars, „Wissenschaftlich angeleitete Vorausschau: Konzeptioneller Hintergrund und methodisches Vorgehen“, in: Fischer, Sabine/Klein, Margarete (Hrsg.), „Denkbare Überraschungen“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2016, S. 6-7 <https://www.swp->

langfristig eine Gefahr der Destabilisierung in der Region mit sich bringt. Die Szenarien im Kaukasus und in der Ukraine drohen sich zu wiederholen und die Handlungsoptionen der Bundesregierung wären in Zentralasien noch mehr eingeschränkt.¹⁰

Deutschland könnte bestehende Formate nutzen

Die bestehenden Regionalorganisationen sind grundsätzlich auch für die Zusammenarbeit mit den Drittstaaten und anderen Organisationen offen. Eine Partnerschaft mit Deutschland und der EU wäre in Formaten wie mit der SOZ oder der Eurasischen Union wegen der damit verbundenen westlichen Anerkennung sogar willkommen. Andererseits kann die Kooperation mit den bestehenden Organisationen auch für Deutschland und Europa von Nutzen sein. Insbesondere der Austausch zur Terrorbekämpfung mit der „Regionalen Antiterrorstruktur“ der SOZ erscheint vielversprechend. Die für den Kampf gegen den Terrorismus gegründete „Regionale Antiterrorstruktur“ ist eines der wenigen ständigen Organe der SOZ und hat zentrale Bedeutung für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Organisation. Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem, Informationen über Terrorismus zu sammeln und zu analysieren und eine Datenbank zu erstellen über: internationale terroristische, extremistische und separatistische Organisationen, ihre Strukturen, Anführer, Mitglieder und Finanzierungsquellen sowie Verbreitungstendenzen von Terrorismus, Extremismus und Separatismus, welche die eigenen Mitgliedstaaten betreffen.

Wegen der bereits beschriebenen Konkurrenz würde die deutsche Bundesregierung aber wahrscheinlich keinen nachhaltigen Einfluss auf die Organisation bekommen. Unter Umständen liefe die deutsche Außenpolitik Gefahr, sogar zum Instrument der russischen oder chinesischen Interessen zu werden.

[berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S15_fhs_kle.pdf#page=5](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S15_fhs_kle.pdf#page=5) (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

10 Schieck, Sebastian, „Konfrontation im »Hinterhof«: Russland greift militärisch in Kasachstan und Tadschikistan ein“, in: Fischer, Sabine/Klein, Margarete (Hrsg.), „Denkbare Überraschungen“, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016, S. 65-70, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S15_fhs_kle.pdf#page=65 (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

Deutschland zieht sich zurück

Ein Rückzug würde bedeuten, die politischen Aktivitäten in der Region zu minimieren und eine „Nichteinmischungspolitik“ zu verkünden. Dieser Schritt minimiert das Risiko, dass andere Drittmächte sich durch Handlungen Deutschlands provoziert fühlen und das als Vorwand zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen in der Region nutzen. Andererseits würde dieser Schritt die Handlungsoptionen gegenüber den zentralasiatischen Regierungen reduzieren und somit das Konfliktpotential erhöhen.

Deutschland fördert die regionale Kooperation

Diese Option birgt zweierlei Gefahren in sich. Zum einen würde eine Intensivierung der deutschen Zentralasienpolitik in Russland mit Sicherheit als Provokation und Einmischung empfunden und unberechenbare Gegenmaßnahmen hervorrufen. Zum anderen könnte die Annäherungspolitik die „Hardliner“ in den zentralasiatischen Staaten mobilisieren und bestehende Konflikte eskalieren lassen.

Ziel dieser Option wäre die Entstehung einer starken und berechenbaren Organisation, die den Dialog zwischen den Mitgliedsstaaten und nach außen einfacher und transparenter macht. Deutschland könnte dabei folgende Aufgaben übernehmen:

- es könnte eine Plattform zur Vermittlung strittiger Fragen bieten,
- bei der Lösung offener Territorialfragen sind Beispiele für den Umgang mit der deutsch-schweizerischen Grenze oder der niederländisch-belgischen Grenze vorbildhaft,
- bei strittigen Energieprojekten kann eine gegenseitige Beteiligung vorgeschlagen werden. Usbekistan könnte beispielsweise Anteile am tadschikischen Wasserkraftwerk erwerben und im Gegenzug den Tadschiken Anteile an der Gas- und Ölforderung zur Sicherung der Versorgung bieten,
- bei der Wasserverteilung sollte mehr Wert auf die effiziente Wassernutzung gelegt werden. Das entsprechende Knowhow müsste bereitgestellt und die Nutzung der neuesten Technologien durch eine entsprechende Finanzierung gefördert werden.
- Deutschland könnte einen „neutralen Boden“ für die Verhandlungen über eine regionale, auf Gleichwertigkeit basierende Integrationsstruktur anbieten. Hilfreich wären die Erfahrungen aus den 50 Jahren der europäischen Integration.

- Deutschland könnte durch Garantien und Bürgschaften für mehr Vertrauen zwischen den Dialogpartnern sorgen.

Fazit

Unabhängig davon, für welche Handlungsoption sich die Bundesregierung entscheidet, die Entscheidung muss sorgfältig überlegt sein und eine langfristige Strategie als Hintergrund haben. Die nächsten Jahre werden einige wirtschaftliche und möglicherweise auch politische Turbulenzen in Zentralasien bringen. Die deutsche Außenpolitik kann es sich nicht erlauben, ohne Strategie zu sein.

Auch wenn gegenwärtig kein akuter Handlungsbedarf besteht, ist eine vorausschauende Zentralasienpolitik notwendig um Vorbereitungen für mögliche Entwicklungsszenarien zu treffen. So könnten Sondierungsgespräche mit den Staaten der Region bezüglich der möglichen Kooperationsformate geführt werden. Aber auch die genaue Beobachtung und der Dialog mit bereits existierenden Regionalorganisationen und Dialogformaten würden helfen, die Tendenzen und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. All diese Maßnahmen können dazu beitragen, „den Puls der Region“ zu verstehen.